

Absender:

Bürgerinitiative: Für Asyl und Integration – durch kleine Wohneinheiten – gegen Wohnghettos
Sprecher Martin Rus
Ahornweg 11
50999 Köln

An:

Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden
an Rat und Bezirksvertretungen der Stadt Köln
Laurenzplatz 1-3
50667 Köln

Köln, 25. Jan. 2014

An:

Herrn Bezirksbürgermeister Mike Homann,
Bezirksrathaus Rodenkirchen
Hauptstr. 85
50996 Köln

Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen nach „Leverkusener Modell“ statt Bau eines Wohngebäudes für Flüchtlinge in Köln-Sürth

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir fordern die Bezirksvertretung Rodenkirchen und den Rat der Stadt Köln auf, dem Bau des Wohngebäudes (Flüchtlingsheims) zur ausschließlichen Unterbringung der Flüchtlinge auf folgender Grundstückfläche **nicht** zuzustimmen.

- Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln Sürth, Gemarkung Rondorf Land Flur: 17, Flurstück: 1270

Stattdessen fordern wir die Verwaltung und den Rat der Stadt Köln auf das Konzept der Flüchtlingsunterbringung zu ändern und das „Leverkusener Modell“ anzuwenden, das die Unterbringung der Flüchtlingsfamilien verteilt auf Wohnungen im gesamten Stadtgebiet / Stadtbezirken vorsieht. Die zugehörigen Details können aus den nachfolgenden Abschnitten entnommen werden.

Ist-Situation – Probleme bei der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnheimen

Gemäß der Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln (Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 27.07.2004) ist eine 3 stufige Unterbringung der Flüchtlinge vorgesehen:

- Stufe 1: Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung/Orientierungsphase
- Stufe 2: Unterbringung in Wohnheimen Integrationsphase 1
- Stufe 3: Unterbringung in einer Wohnung Integrationsphase 2

- **Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen nach „Leverkusener Model“** -

Unsere Aufforderung (Flüchtlinge direkt in Wohnungen statt in Wohnheimen unterzubringen) bezieht sich auf die Stufe 2 des aktuellen Unterbringungskonzeptes. Der Betrieb der Wohnheime führt aktuell zu vielschichtigen Problemen von denen nachfolgend einige beispielhaft erwähnt werden.

Erstens ist das äußere und innere Erscheinungsbild vieler Wohnheime sehr ablehnend oder verwarlost und die Einrichtungen z.B. Sanitär- oder Heizanlagen in einem schlechten oder katastrophalen Zustand. Für entsprechende Reparaturen oder Instandsetzungen können/werden keine ausreichenden Budgets von der Stadt zur Verfügung gestellt.

Folglich führen diese Umstände, die aus dem zentralisierten Ansatz der Stufe 2 entstehen, zur Ablehnung/Vorbehalten der Anwohner gegenüber den Flüchtlingsheimen und zu sozialen Konflikten. Leider werden die Sorgen und Probleme der Anwohner nicht ernst genommen, beziehungsweise seitens der Verwaltung oder Politik beschwichtigend thematisiert. Die Reaktion der Bevölkerung auf diese Politik lässt sich vielfach bei der Planung von neuen Flüchtlingsheimen beobachten, so dass der Standort in der Nachbarschaft grundsätzlich als ungeeignet eingestuft wird und andere Standorte als vorteilhafter beschrieben werden.

Des Weiteren verhindert die zentralisierte Unterbringung von Flüchtlingen vielfach die Integrationsbemühungen. Diese Menschen haben keinen Kontakt zu den Anwohnern und nehmen in keinerlei Weise am Alltag der Kölner Bürger teil. Durch diese Art der Separation wird die deutsche Sprache nicht erlernt und die Auseinandersetzung mit den hiesigen Sitten und Regeln kann nicht stattfinden. Zusätzlich verhindern die Heime den Rückzug in die eigene Privatsphäre, da vielfach nur Gemeinschaftsräume (Küchen, Sanitäreinrichtungen, Schlafräume) existieren. Durch den Betrieb der Heime entstehen teilweise neue Probleme bei Personengruppen, die in ihren Ländern sich feindsinnig gegenüber stehen oder bei homogenen Gruppen, die sich gegenüber der Umgebung abschotten.

Abschließend ist zu erwähnen, dass der beschriebene Umgang mit diesem wichtigen Thema leider einen Ansatzpunkt für rechtsorientierte Parteien/Vereinigungen bietet, die in Ihrem Sinne auf das Thema aufmerksam machen und versuchen politisches Kapital hieraus zu schlagen. Dies mussten wir in Sürth z.B. durch Flugblattaktionen von „Pro Köln“ selbst feststellen.

Konzeptänderung – Reduzierung des Unterbringungsmodells auf Stufe 1 und 3

Die nachfolgende Konzeptänderung lehnt sich an das „Leverkusener Modell“ unserer Nachbarstadt an, die im Jahre 2000 vor einer ähnlichen Aufgabe stand. Fraktionsübergreifend und einstimmig wurde beschlossen, dass keine neuen Flüchtlingsheime errichtet und stattdessen die Menschen nach der Erstaufnahme direkt in Wohnungen im Stadtgebiet untergebracht werden.

Folglich existiert nicht 1 Gebäude mit 10 Wohneinheiten (inkl. Wachschatz, Heimleitung, Hausmeister, Reinigungsdienst) für die exklusive Unterbringung der Flüchtlinge zur Verfügung, sondern in 10 Wohngebäuden wird jeweils nur eine Wohnung von Flüchtlingen bewohnt.

Um erste Vorbehalte gegenüber diesem Konzept zu minimieren, kann die Anmietung der Wohnungen durch eine Dritt-Institution (wie z.B. Caritas, praktiziert in

- Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen nach „Leverkusener Model“ -

Leverkusen) übernommen werden, die der Ansprechpartner für den Vermieter ist. Des Weiteren würde diese Institution die soziale Betreuung der Flüchtlinge übernehmen.

Gemäß den vorhandenen Erfahrungen werden die Flüchtlinge als „normale“ Nachbarn wahrgenommen, so dass negative Erscheinungen (Zwangsauszug oder dergleichen) nicht aufgetreten sind. Zusätzlich sind die Flüchtlinge für Sozialarbeiter und Behörden erfahrungsbasiert gut ansprechbar.

Das in Köln betriebene Auszugsmanagement könnte ebenfalls zum Tragen kommen, wenn die Flüchtlinge ihr Anerkennungsverfahren abgeschlossen haben und sie die gesetzlichen Pflichten und Rechte auf soziale Leistungen erwerben. Selbst bei Problemen beim Auszug (fehlender sozialer Wohnungsraum) ist dieses Modell vorteilhafter, da die längere Verweildauer in den Flüchtlingswohnungen mit niedrigeren Kosten verbunden ist, als in Flüchtlingsheimen.

Vorteile – Wohnungsorientierte Unterbringung

Folglich können die Vorteile der Streichung der Stufe 2 bei der Unterbringung der Flüchtlinge folgendermaßen zusammengefasst werden:

- **Integration der Flüchtlinge**

Die Flüchtlinge können durch den Kontakt zu den Mitbürgern die deutsche Sprache erlernen und sich mit den Gewohnheiten und Sitten der Kölner auseinandersetzen, so dass sie am gesellschaftlichen Alltagsleben teilnehmen können. Des Weiteren wird die Selbständigkeit dieser Personengruppe gefördert. Das Konzept der wohnungsorientierten Flüchtlingsunterbringung ermöglicht einen Rückzug in die eigene Privatsphäre und die Erfahrungen zeigen, dass die Flüchtlinge für Sozialarbeiter/Behörden gut erreichbar sind

- **Akzeptanz durch die Nachbarschaft**

Die Umsetzung dieses Modells zeigt in der Praxis, dass diese Flüchtlinge als gewöhnliche Nachbarn betrachtet werden und folglich keine sozialen Brennpunkte oder „Ghetto ähnliche“ Wohnverhältnisse entstehen. Das konfliktfreie Zusammenleben sehen wir täglich als Nachbarn z.B. der begehrten Wohnanlage in Köln-Sürth im Rodderweg mit 250 Wohnungen, in denen Personen mit (über 20 Nationen) und ohne Migrationshintergrund gerne leben.

- **Kosten**

Bereits in den Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln wird der höhere Kostenbedarf der Heime gegenüber von Wohnungen von ca. 70% beschrieben und die Erfahrungen in Leverkusen und anderen Städten zeigen ebenfalls eine ähnliche Kostensituation. Die geringen laufenden Kosten der wohnungsorientierten Unterbringung sind leicht zu erklären, da bestimmte Kosten nicht anfallen: Heimleitung, Hausmeister, Reinigungskräfte, Wachsutz.

Hierbei ist anzumerken, dass die Investitionskosten separat betrachtet werden müssen und die Instandsetzungs- bzw. Sanierungskosten zusätzlich

- **Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen nach „Leverkusener Model“ -**

hinzugerechnet werden müssen. Diese immensen Kostenblöcke fallen bei Wohnungsanmietung nicht an.

Folglich entstehen erst durch den Betrieb der Heime diverse Probleme/Aufwände, denen durch hohe finanzielle Mittel begegnet werden muss, statt kostensparend die Menschen in Wohnungen unterzubringen.

- **Flexibilität**

Dieses wohnungsorientierte Konzept ermöglicht einen flexiblen Aufbau und Abbau des benötigten Wohnraumes. Im Gegensatz dazu ist der (Aufbau) Bau von neuen Flüchtlingsheimen zeit- und aufwandsintensiv und (Abbau) ein ggf. leerstehender Wohnraum in den Heimen kann nicht anderweitig genutzt werden. Die hohe Flexibilität des wohnungsorientiertes Konzeptes ist angesichts der hohen Volatilität bei den Asylantragszahlen in Deutschland dringend notwendig 28.000 (2008) 127.000 (2013).

Realisierbarkeit

In den Diskussionen mit politischen Verantwortlichen wird die Umsetzbarkeit des vorgestellten wohnungsorientierten Konzeptes angezweifelt. Diese Zweifel können leicht durch folgende Maßnahmen ausgeräumt werden, so dass die Realisierbarkeit ausschließlich vom politischen und administrativen Willen abhängig gemacht werden kann.

Erstens: Der benötigte Wohnraum wird unter der städtischen Regie erstellt und betrieben. Hierdurch kann die Stadt Köln selbständig über die Wohnraumnutzung bestimmen und neben einer Flüchtlingsfamilie weiteren Bevölkerungsgruppen z.B. Alleinerziehenden oder Studenten preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen.

Zweitens: Neben den 2 ausgewählten Grundstücken in Sürth und Longerich waren 3 weitere Standorte als geeignet (städtisches Eigentum, bebauungsfähig) eingestuft und nur aus Gründen der sozialräumlichen Struktur der Stadtteile als ungeeignet deklariert worden. Folglich können ebenfalls auf diesen 3 Grundstücken Wohngebäude für unterschiedliche Zielgruppen gebaut werden.

Drittens: Laut Beschlussvorlage der Verwaltung vom 27.11.2013 zur „Errichtung von Wohngebäuden auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien“ 2649/2013 wurden 33 Grundstücke nach diversen Kriterien begutachtet und die oben genannten 5 Kandidaten identifiziert. Die verbliebenen 28 Grundstücke wurden auf Grund der Grundstückgröße, des Grundstückzuschnitts, des sozialen Umfelds und aus weiteren nicht genannten Gründen von der Verwaltung als ungeeignet verworfen worden. Da das wohnungsorientierte Unterbringungskonzept nicht diese strengen Kriterien erfüllen muss, würden viele der 28 Grundstücke bebauungsfähig sein.

Viertens: Die Pläne sehen nicht vor, die Grundstücke bzw. die Gebäude hinsichtlich ihrer potentiellen Wohnraumgröße optimal auszunutzen, um die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen einigermaßen einhalten zu können. Ein Bau von sozialen Wohnungen würde eine optimale Ausnutzung der Grundstücksfläche und der Gebäudegröße ermöglichen.

- **Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen nach „Leverkusener Model“** -

Fünftens: Die (oft im schlechtem Zustand) vorhanden Flüchtlingsheime können abgerissen werden und auf den betroffenen Grundstücken größere Gebäude mit sozialen Wohnungen errichtet werden.

Sechstens: Analog zu der Nachbarstadt Leverkusen kann durch den Einsatz von Dritt-Institutionen (z.B. Caritas) die Anmietung von Wohnungen übernommen werden.

Siebtens: Die vollständige Übernahme der Aktien der GAG Immobilien AG durch die Stadt Köln und die anschließende Änderung der Rechtsform für die über 40.000 Wohnungen würde neue Handlungsoptionen eröffnen. Neben dem aktuellen Ziel einen möglichst großen Profit zu erwirtschaften, könnten ebenfalls soziale Belange berücksichtigt werden. Folglich könnte eine bestimmte Quote an Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.

Fazit:

Eine positive und dem Thema gerechte Flüchtlingspolitik kann nur durch wohnungsorientierte Unterbringung der Flüchtlinge sichergestellt werden. Die Realisierbarkeit dieses Konzeptes ist primär vom politischen Willen der Verwaltung und des Stadtrats abhängig, wobei auf praktische Erfahrungen aus anderen Städten zurückgegriffen werden kann. Eine Änderung der Unterbringungspolitik der Flüchtlinge würde eine Win-Win Situation für alle Beteiligten (Stadt, Flüchtlinge, Anwohner) schaffen. Eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Flüchtlingspolitik wäre ein Leuchtturm der Integrationspolitik und ein Beweis einer positiven Willkommenskultur, so dass die Stadt Köln mit diesem „Aushängeschild“ für sich als tolerante und erfolgreiche Stadt werben könnte.

In der Erwartung ihrer Unterstützung bedanken wir uns herzlichst und freuen uns auf Ihre Antwort.

mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative: Für Asyl und Integration – durch kleine Wohneinheiten – gegen Wohnghettos

Sprecher: Martin Rus

Email: Fuer-echte-Integration@gmx.de